

Das liberale Manifest
der Freien Demokratischen Partei

(Beschlossen auf dem Bundesparteitag
in Saarbrücken am 23./24. Februar 1985)

Quelle/Zitierweise: ADL, Druckschriftenbestand; Signatur D1-255
Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-120

F.D.P.
Die Liberalen

**DAS
LIBERALE
MANIFEST**

Zukunftschance Freiheit

**Liberales Manifest für eine
Gesellschaft im Umbruch**

beschlossen vom Bundesparteitag der F.D.P.
am 23./24. Februar 1985 in Saarbrücken

Von Freiburg nach Saarbrücken

Dieses Liberale Manifest ist Standortbestimmung der F.D.P. in einer Zeit großer Herausforderungen. Das liberale Credo lautet: „Gegen alle Katastrophenfurcht und Zukunftsängste setzen die Liberalen das Vertrauen in die Fähigkeit des Menschen, aus eigener Verantwortung eine freie, friedliche und sozial gerechte Welt zu gestalten.“ Wir wollen die Menschen in unserem Land davon überzeugen, daß eine Gesellschaft aktiver Bürger mit Mut und Zuversicht den Wandel bewältigen und die Zukunft gewinnen kann.

Zugleich ist das Liberale Manifest ein Stück Selbstvergewisserung für die F.D.P. Denn es ist in wichtigen Teilen das Werk unserer Mitglieder. Fünf Monate wurde der Entwurf der Programmkommission* in den Orts- und Kreisverbänden diskutiert. Mehr als 2.000 einzelne Änderungsvorschläge, Anregungen und Ideen sind von den F.D.P.-Mitgliedern vorgelegt und von der Programmkommission verarbeitet worden. Das Manifest wurde ohne Gegenstimmen vom Bundesparteitag in Saarbrücken angenommen, weil wir einen geraden Weg von Freiburg nach Saarbrücken gegangen sind. Die Freiburger Thesen bleiben das Grundsatzprogramm des modernen Liberalismus. Das Liberale Manifest baut darauf auf und gibt Antworten auf die neuen Herausforderungen, die durch die gesellschaftliche Entwicklung inzwischen entstanden sind. Vor allem drei Fragen stehen dabei im Mittelpunkt:

- Wie wird technischer Wandel politisch so gestaltet, daß er den Menschen zu mehr beruflicher und persönlicher Verwirklichung verhilft?
- Wie läßt sich der Wunsch nach dringender Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen in Einklang bringen mit den Notwendigkeiten eines dynamischen Wirtschaftssystems?
- Und wie muß eine liberale Sozialpolitik aussehen, die dezentral ist, die kleine soziale Netze begünstigt, die Raum erkämpft für Eigenvorsorge und freie Initiativen; eine liberale Sozialpolitik, die Abschied nimmt von den großen anonymen Sozialbürokratien?

Die liberalen Antworten darauf sind der Inhalt dieses Programms. Dabei geht es uns nicht um fertige Lösungen oder endgültige Wahrheiten. Unsere liberalen Antworten sind ein Angebot an den Bürger, gemeinsam die Zukunft mit mehr Freiheit zu gestalten.

Der Freiheitsbegriff ist für uns Liberale umfassend. Freiheit muß in allen gesellschaftlichen Bereichen verwirklicht werden. Heute heißt das, daß wir eine neuerliche Versöhnung von weiterentwickelter, streng rechtsstaatlicher, aber offener Gesellschaftspolitik und einer um ökologische und technologische Dimensionen weiterentwickel-

ten Marktwirtschaftspolitik brauchen. Denn aktive, fordernde, wettbewerbsorientierte Wirtschaft entwickelt sich nur im Rahmen einer gesellschaftlichen Kultur der Toleranz, der Offenheit gegenüber Neuem und Anderem. Diese neue Versöhnung von moderner Marktwirtschaft und einer offenen und veränderungsbereiten gesellschaftlichen Kultur ist die liberale Botschaft in der politischen Auseinandersetzung. Von beiden großen Volksparteien unterscheiden wir uns damit gleichermaßen. Sowohl von der SPD, die im Bereich der Wirtschaft ständig nach Staat und Gesetzen ruft, als auch von der CDU, die bei innen- und rechtspolitischen Themen und Problemen immer wieder auf den Staat zu setzen versucht.

Freiheit ist unteilbar. Es gibt sie entweder ganz, oder es wird sie gar nicht geben.



Dr. Helmut Haussmann
Generalsekretär
der Freien Demokratischen Partei

*Die Mitglieder der Programmkommission waren:

Dr. Irmgard Adam-Schwaetzer, Dr. Martin Bangemann, Gerhart R. Baum, Rainer Brüderle, Manfred Brunner, Dr. Wolfgang Gerhardt, Dr. Helmut Haussmann — Leitung —, Walter Hirche, Prof. Dr. Karl-Hans Laermann, Dr. Otto Graf Lambsdorff, Dr. Jürgen Morlok, Walter Rasch, Guido Westerwelle, Torsten Wolfram, Dr. Wolf-Dieter Zumpfort.

Liberales Manifest für eine Gesellschaft im Umbruch Zukunftschance Freiheit

I. Freiheit ist unser Auftrag

Unser Land steht vor großen Herausforderungen. Überall deuten sich Umwälzungen an, mit denen die dritte industrielle Revolution den Weg in die Informationsgesellschaft der Zukunft öffnet.

Gegen alle Katastrophenfurcht und Zukunftsängsten setzen die Liberalen das Vertrauen in die Fähigkeit des Menschen, aus eigener Verantwortung eine freie, friedliche und sozial gerechte Welt zu gestalten.

Nie zuvor waren die Möglichkeiten für eine Zukunft mit mehr persönlicher Freiheit größer als heute. Doch unsere Gesellschaft steckt in einer Krise der Institutionen und Wertorientierungen. Der Einzelne steht vor den Folgen einer Politik, die mehr Gleichheit und Glück will, aber oft mehr Unmündigkeit, Anonymität und Bürokratie bewirkt. Die Grenzen umfassender Vorsorge und Wohlfahrt durch den Staat sind doppelt sichtbar geworden: Die Finanzierung der sozialen Sicherheit ist gefährdet. Die Bürokratisierung menschlichen Schicksals droht Individualität, Freiheit und persönliche Verantwortung zu ersticken. Eine Politik, die alles Heil zuerst im Staat sucht, kann die Zukunft nicht bewältigen.

Wir Liberalen wollen eine Politik, die den Einzelnen in den Mittelpunkt von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft stellt und die größtmögliche Freiheit jedes einzelnen Bürgers verwirklicht. Wir wollen die modernen Ketten abstreifen, die unsere Freiheit immer mehr abschnüren. Wir machen Ernst mit dem Kampf gegen Bürokratie, Bevormundung, Vorurteile und Gängelei, gegen die Freiheitsverweigerung von rechts und links, gegen konservatives, sozialistisches und grünes Ordnungs- und Planungsdenken.

Nur eine konsequente Politik für die Freiheit des Einzelnen sorgt auch für die Freiheit der vielen. Wer selbst wirklich frei ist, wird den notwendigen Respekt vor der Freiheit der anderen entwickeln, wird zu einer aktiven Toleranz fähig, die nicht nur leben läßt, sondern durch eigenes Handeln zur Beseitigung von Bevormundungen und Abhängigkeiten, zum Abbau von Vorurteilen und zur gleichberechtigten Teilhabe aller beiträgt.

Vertrauen in
den Men-
schen

Nicht auf den
Staat hoffen

Den Einzel-
nen in den
Mittelpunkt stellen

Individuelle Freiheit
schafft Freiheit
für alle

Wir sagen dem Bürger: Es gibt keine Freiheit ohne Bindung. Persönliche Freiheit und soziale Verantwortung sind untrennbar. Zur Freiheit gehört die Bereitschaft des Einzelnen, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen und Leistung zu erbringen. Die Freiheit des Einzelnen ist gerade in der heutigen Zeit des Strukturwandels und der großen technischen Neuerungen der Ausgangspunkt dafür, daß unsere Gesellschaft sich frei, offen und solidarisch entwickeln kann. Nur wenn sich Leistung für den Einzelnen lohnt, kann die soziale Sicherheit für alle finanziert werden.

Zur Freiheit gehört Verantwortung

Die Liberalen waren es, die den Rechtsstaat erkämpft haben. Sie sind es auch, die ihn am besten verteidigen und weiterentwickeln können. Das ist heute wichtiger als in früheren Zeiten, in denen sich die Staatstätigkeit auf einige wenige Aufgaben beschränkte. Gewachsene Staatsaufgaben erfordern zunehmende Wächterstellung der Liberalen, sonst bleiben die Bürgerrechte auf der Strecke, sonst werden Bürger- und Freiheitsrechte entweder den Sozialutopien oder autoritärem Staatsdenken geopfert.

Bürgerrechte schützen

Mit diesem gesellschaftspolitischen Manifest knüpft die F.D.P. an die Freiburger Thesen von 1971 an — das Programm größtmöglicher Freiheit des einzelnen Menschen, seiner Würde und Selbstbestimmung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft — und gibt Antworten auf neue Herausforderungen.

Antworten auf neue Fragen

Im Freiburger Programm der F.D.P. von 1971 wird der Staat nicht mehr nur als Garant der individuellen Freiheit, sondern auch von Gerechtigkeit im Sinne eines freiheitlichen Sozialstaates verstanden. Die F.D.P. bekräftigt die Grundposition der Freiburger Thesen, den Einzelnen nicht nur als Individuum, sondern zugleich in seiner sozialen Identität zu sehen.

Freiheit bleibt Auftrag

Wir rufen alle dazu auf, mit uns gemeinsam für mehr Freiheit und mehr Lebenschancen, für den inneren Frieden in unserem Land zu kämpfen, ebenso wie für den äußeren Frieden — denn ohne Frieden ist alles nichts. Die Zukunft ist nicht unabänderlich; wir können sie gestalten. Die Zukunftschance Freiheit muß genutzt werden.

Zukunftschance Freiheit gemeinsam nutzen

II. Chancen und Gefahren unserer Zukunft

Viele Spekulationen bestimmen heute das Denken über unsere Zukunft. Optimistischen Zukunftsbildern stehen zahllose düstere Visionen gegenüber. Alle diese Voraussagen leiden darunter, daß sie den gestaltenden menschlichen Eingriff vernachlässigen und häufig nur schematische Fortschreibungen darstellen. Wohl aber lassen sich Entwicklungen erkennen, die bei den politischen Antworten heute zu berücksichtigen sind:

Die Trends erkennen

Die schnelle wissenschaftlich-technische Entwicklung verändert Wirtschaft und Gesellschaft grundlegend.

Sie schafft neue Wirtschaftsstrukturen und ermöglicht immer effizientere und arbeitskraftsparendere Produktionsverfahren, die zugleich rohstoff- und umweltschonender sind. Der internationale Wettbewerb zwingt die Bundesrepublik Deutschland zu immer neuen technologischen Spitzenleistungen. Die vermeintlichen und tatsächlichen Gefahren moderner Technologien lösen Zukunftsängste aus. Die Beherrschbarkeit heutiger und künftiger Technik und ihre ethischen Dimensionen werden zur zentralen Herausforderung und zum Mittelpunkt der gesellschaftlichen Diskussion. Die Geschwindigkeit des technischen Fortschritts stellt zusätzliche Anforderungen an die oft zu langsamen staatlichen Entscheidungsprozesse.

Technischer Fortschritt

Die Arbeit und ihre Bedeutung im Leben der Menschen wandelt sich.

Die technische Entwicklung verändert die Arbeit in Zeiten, Inhalten und Abläufen. Die Chancen für eine individuellere Gestaltung der Arbeit werden größer. Gleichzeitig wird die starre Trennung von Lernen, Arbeit und Ruhestand immer weniger den menschlichen und wirtschaftlichen Bedürfnissen gerecht. Die Menschen wollen sich zunehmend auch außerhalb des Arbeitslebens verwirklichen. Der Rückgang der deutschen Bevölkerung verändert die Altersstruktur erheblich.

Andere Bedeutung der Arbeit

Die sozialen Strukturen verändern sich durch die schnelle Entwicklung der Produktions- und Informationstechniken und durch den Bewußtseinswandel.

Die Systeme sozialer Sicherung konnten in den letzten Jahrzehnten entscheidend verbessert werden. Dabei sind aber auch die Gefahren der Vereinsamung, der Bevormundung und des Mißbrauchs größer geworden. Der Bedeutungsverlust herkömmlicher sozialer Bindungen sowie wachsender Gruppenegoismus sind Ursachen für die Abnahme zwischenmenschlicher Kommunikation, für Einsamkeit und Vereinzelung. Werte wie Liebe, Mitleid, Zuwendung, Toleranz und gegenseitige Achtung können geschwächt werden; Aggressivität, Vorurteilsdenken und Mutlosigkeit hingegen an Bedeutung gewinnen.

Wandel der Sozialstrukturen

Trotz wachsender Umweltschutzanstrengungen besteht die Gefährdung unserer natürlichen Lebensgrundlagen weiter.

Das steigende Umweltbewußtsein führt dazu, daß die Menschen auch im persönlichen Bereich ihr Verhalten ändern. Die Bereitschaft wächst, sich für praktische Verbesserungen der Umwelt persönlich einzusetzen. Der Mensch begreift sich immer mehr als Teil der Natur und erkennt immer stärker die komplexen Vernetzungen in unserer Umwelt. Aber zugleich stößt der Einzelne wie der nationale Staat zu-

Umwelt weiter gefährdet

nehmend an Grenzen der eigenen Gestaltungsmöglichkeiten.

Regionale und weltweite, soziale und wirtschaftliche Ungleichgewichte zwischen Industrieländern und der Dritten Welt nehmen zu. Wettrüsten und der Ost-West-Gegensatz gefährden die Entwicklungsländer ebenso wie die Bundesrepublik. Kriege, Bevölkerungsexplosionen, Hungerkrisen und ökologische Fehlentwicklungen in der Dritten Welt ebenso wie Verteilungskonflikte in Entwicklungsländern und zwischen armen und reichen Ländern werden uns immer mehr berühren und Zugeständnisse von uns verlangen.

Diese Herausforderungen werden von aktiven und veränderungsbereiten Gesellschaften besser bewältigt.

III. Mehr Freiheit und Selbstbestimmung in allen Lebenskreisen

Wir müssen die politischen Voraussetzungen für den Übergang von der anonymen Massengesellschaft zu einer an der Persönlichkeit orientierten und dezentralisierten Gemeinschaft schaffen. In ihr hat der Einzelne den Freiraum zur sinnvollen Lebensgestaltung, zur Selbsthilfe, zur Nachbarschaftshilfe, zur Eigenverantwortung und Mitsprache. Die Liberalen fordern zum Mut auf, die Vernunft zu gebrauchen, zum Mut, sich der Zukunft zu stellen. Der Angst vor dem Fortschritt, dem Zögern und Zaudern setzen wir eine Gesellschaft aktiver Bürger entgegen.

Freiheit ist nie endgültig sicher. Sie ist immer wieder und überall neu zu erstreiten und zu sichern. Wir wollen die größtmögliche Freiheit des Einzelnen und die daraus erwachsende Verantwortung für die Gesellschaft. Deshalb gehen wir bei unseren politischen Antworten von den Lebenskreisen des Einzelnen aus:

- seiner Persönlichkeit
- seiner Beziehung zur Natur
- seinen Tätigkeiten
- seinem sozialen Umfeld und
- seiner Stellung gegenüber Institutionen und Staat.

Die Freiheit des Einzelnen hat dort ihre Grenzen, wo die Freiheit anderer beeinträchtigt wird.

Liberaler Politik will mehr Freiheit und Selbstbestimmung in allen Lebenskreisen — denn Freiheit ist unteilbar.

Internationale Spannungen wachsen

Weg von der Massengesellschaft

Bei den Lebenskreisen des Einzelnen ansetzen

1. Der Einzelne und seine Persönlichkeit

Jeder Mensch braucht einen unverletzlichen privaten Bereich, den er selbständig gestalten kann.

Der Einzelne braucht Gemeinschaft, aber auch eine geschützte Privatsphäre. Sein persönlicher Freiraum muß gegen zunehmende Bevormundung und Einmischung gesichert und ausgebaut werden. Deshalb sind die klassischen Persönlichkeitsrechte durch mehr Datenschutz zu ergänzen. Der Bürger selbst muß über Preisgabe und Verwendung seiner personenbezogenen Daten entscheiden können.

Mehr Datenschutz

Die Privatsphäre des Einzelnen muß auch vor den Medien geschützt werden. Das Informationsrecht der Öffentlichkeit hat gegenüber dem Schutz vor Entblößung und ruinöser Berichterstattung zurückzustehen.

Privatsphäre sichern

Der Einzelne muß sich frei und unüberwacht bewegen können.

Keine Überwachung

Dem Druck zur Uniformität setzen die Liberalen das Recht auf Individualität entgegen. Jeder muß seine Lebensweise frei und ohne Diskriminierung wählen können.

Recht auf Individualität

Nicht der Staat, nicht die Gesellschaft, sondern die Bürger selbst sollen ihr Leben gestalten, um so in persönlichen freigewählten Bindungen Lebenschancen wahrnehmen und zur Entwicklung des Gemeinwesens beitragen zu können.

Leben selbst gestalten

Einen genetisch manipulierten Menschen darf es nicht geben.

Bio- und Gentechnik eröffnen der Menschheit große Chancen im Kampf gegen Hunger, Krankheit und Umweltverschmutzung. Grenzen sind dort erforderlich, wo Menschenwürde, Individualität und natürliche Lebensgrundlagen gefährdet sind.

Grenzen für Bio- und Gentechnik

Menschenschutz muß ein neues Feld der Politik werden und die technische Weiterentwicklung begleiten sowie rechtzeitig für die notwendigen rechtlichen Sicherungen sorgen. Dazu sind begleitende Risikoforschung und Technologiefolgenabschätzung auch auf europäischer Ebene unerlässlich; die Instrumente zur Genehmigung und Prüfung gentechnologischer Forschung und Anwendung müssen weiterentwickelt werden.

Menschenschutz als neuer Politikbereich

Die Fortentwicklung der Medien soll mehr Kommunikation und Meinungsvielfalt bringen; wir wollen keine Medienmonopole.

Nicht der Staat, sondern der einzelne Bürgersoll entscheiden, was er sehen, hören und lesen will. Der Medienbereich ist deshalb von staatlichen Ge- und Verboten möglichst weitgehend freizuhalten.

Notwendig sind jedoch Rahmenbedingungen, die ein Gleichgewicht zwischen freier Presse, öffentlichen Anstalten und privaten Anbietern herstellen. Hierzu bedarf es vor allem für den Bereich der neuen Medien verbesserter Möglichkeiten der Fusionskontrolle. Medienvielfalt wird Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstverantwortung des Einzelnen stärken und mehr Mitwirkungschancen schaffen.

Jungen Menschen müssen dazu die Gefahren eines unreflektierten Konsums der Medien bewußt gemacht werden. Menschenverachtende Darstellungen müssen vor allem durch Selbstkontrolle in den verschiedenen Medienbereichen bekämpft werden, die viel wirksamer als der Staat für einen ethischen Mindestrahmen sorgen kann.

Die freie Entfaltung der Persönlichkeit muß durch Vielfalt in der Bildung und die gerechte Chance zur Entwicklung individueller Neigung und Begabung unterstützt werden.

Bildung ist ein Wert an sich. Sie ist Bürgerrecht und Aufstiegschance zugleich. Nicht nur formale Wissensvermittlung und Ausbildung, sondern ebenso Erziehung zur Freiheit, Toleranz und Selbstverantwortung, zu Kreativität und demokratischem Verhalten ist das liberale Bildungsziel.

Die Reform unseres Bildungswesens ist inhaltlich und organisatorisch erstarrt, sie braucht den freien Wettbewerb der Ideen. Wir wollen mehr Chancen für freie Bildungsträger.

Die neuen Medien und Technologien und die damit verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen müssen in den Unterricht aufgenommen werden. Die bürokratische Gängelung in Schulen und Hochschulen muß abgebaut und die Selbstbestimmung der Eltern, Lehrenden und Lernenden verbessert werden. Der freie Zugang zu allen Bildungseinrichtungen muß gewährleistet bleiben.

Für die Liberalen sind Breiten- und Hochbegabtenförderung unerläßlich. Chancengleichheit heißt gleiche Chancen am Start, nicht Garantie der Erfolgsgleichheit am Ziel.

Die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung ist noch keineswegs erreicht. Gerade die Sicherung der Ausbildungschancen für den jungen Menschen erfordert eine Verbesserung und Aufwertung der beruflichen Bildung. Ebenso muß angesichts des Vordringens neuer Technologien für jeden die Chance eröffnet werden, an einer qualifi-

Weniger Staat bei den Medien

Vielfalt statt
Einfalt

Schund durch
Selbstkontrolle
bekämpfen

Bildung ist
Bürgerrecht

Freie Bildungs-
träger fördern

Neue Medien
in die Schulen

Auch Hochbegabte
unterstützen

Berufliche Bildung
verbessern

zierten allgemeinen, beruflichen und innerbetrieblichen Weiterbildung teilzunehmen.

Wir wollen mehr Freiheit für die Kultur.

Der liberale Staat enthält sich jeder Bevormundung und greift nicht zensierend in das Kunst- und Kulturleben ein. Er gibt Raum für neuartige und experimentelle Kulturformen. Er unterstützt die freie Initiative auch außerhalb staatlicher Kultureinrichtungen.

Kunst und Kultur gewinnen zunehmend an Bedeutung für Lebenserfüllung und Selbstfindung — auch in neuen Formen außerhalb des traditionellen Kulturbegriffes. Liberale werden dazu beitragen, daß die Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur weiter verbessert werden.

2. Der Einzelne und seine Umwelt

Mehr Aufklärung und Mitgestaltung des Einzelnen, aber auch vorbildliches Handeln des Staates müssen bewirken, daß sich die Menschen als Teil der Natur verstehen.

Nicht nur der Staat und die Wirtschaft, sondern auch der einzelne Bürger steht in einer ökologischen Verantwortung. Er muß davon überzeugt werden, daß eine funktionsfähige Natur Voraussetzung für menschliches Leben und Überleben ist. Denn nur dann werden aus eigenem Antrieb die notwendigen Verhaltensänderungen vorgenommen, die kein Staat mit Ge- und Verboten im erforderlichen Umfang bewirken könnte.

Ökologische Zielsetzungen und Inhalte des Umweltschutzes sind weit mehr als bisher in den Unterricht der Schulen aufzunehmen. Im Bereich der Verbraucheraufklärung ist die Umweltfreundlichkeit von Produkten stärker in den Vordergrund zu stellen. Bund, Länder und Gemeinden müssen durch vorbildliches Umweltverhalten zum Bewußtseinswandel beitragen.

Vor jeder die Natur betreffenden Verwaltungsentscheidung ist deren Umweltverträglichkeit zu prüfen. Wir wollen das Recht der Verbandsklage im Naturschutz. Die Forderung unseres Freiburger Programms nach Aufnahme des Umweltschutzes als Staatszielbestimmung im Grundgesetz ist endlich zu verwirklichen. Mehr Umweltschutz ist außerdem durch europäische und internationale Zusammenarbeit zu sichern.

Die Umweltzerstörung muß auch durch eine ökologisch und sozial verpflichtete Marktwirtschaft bekämpft werden.

Keine Bevormundung in der Kultur

Neue Chancen zur Lebenserfüllung

Die Verantwortung jedes Einzelnen

Erziehung, Aufklärung und Vorbild des Staates

Verbandsklage und Grundgesetzänderung

Grundsatz für das Wirtschaften der Zukunft muß sein, die Umwelt nicht über die Grenze der natürlichen Regenerationsfähigkeit hinaus zu beeinträchtigen oder diese zumindest durch direkte Kompensationsmaßnahmen wiederherzustellen. Umweltgüter wie reine Luft, sauberes Wasser, gesunder Boden und unzerstörte Landschaft sind als knappe Güter zu betrachten. Ihre Nutzung muß in unserem Wirtschaftssystem zum Kostenfaktor werden.

Knappes Gut
Umwelt

Auch der Umweltschutz braucht mehr Marktwirtschaft. Unsere heutige Umweltpolitik bietet zu wenig ökonomische Anreize, pfleglich und sparsam mit der Natur umzugehen. Das starre staatliche Instrumentarium von Umweltauflagen, das im Rahmen der Vorgaben eine kostenlose Verschmutzung der Umwelt ermöglicht, muß deshalb ergänzt werden. Dazu gehören konsequente Anwendung von Verursacherprinzip und Vorsorgegrundsatz sowie neue marktwirtschaftliche Instrumente wie z.B. Kompensationslösungen, Branchenabkommen oder bestimmte Formen von Emissionsabgaben.

Durch mehr
Markt zu mehr
Umweltschutz

Vom Staat müssen Richtwerte für den Schutz der Umwelt im voraus bestimmt und stufenweise als Zielvorgabe für die notwendigen Maßnahmen und Entwicklungen festgesetzt werden. Die zur Einhaltung der Grenzwerte erforderlichen Maßnahmen und technischen Entwicklungen sind durch steuerliche Anreize zu fördern. Dezentralen Lösungen von Umweltproblemen ist der Vorzug zu geben, sofern sie ökologisch wirksamer und wirtschaftlich vertretbar sind.

Staatliche
Zielvorgaben und
dezentrale Lösung

Die technische Weiterentwicklung muß in den Dienst des Umweltschutzes gestellt werden.

Technische Entwicklungen haben viele Umweltprobleme geschaffen. Aber nur mit technischer Weiterentwicklung werden wir sie lösen können und zugleich neue Arbeitsplätze in der Bundesrepublik schaffen.

Technik für
Umweltschutz
nutzen

Verantwortungsbewußt angewandt, bietet die Gen- und Biotechnik eine neue Chance für umweltfreundliche und rohstoffschonende Produktionsverfahren. Sie zeigt neue Wege für Schadstoffverringerung, -aufbereitung und -abbau auf.

Neue Wege zu
weniger
Schadstoffen

Wer auf den technischen Fortschritt verzichten will, schadet dem Umweltschutz. Eine moderne Forschungs- und Technologiepolitik ist Voraussetzung für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Sie muß den Transfer von Forschungsergebnissen verbessern, für verantwortliche Berücksichtigung der Folgen und ökologischen Risiken technischer Entwicklungen sorgen sowie die Entwicklung umweltfreundlicher Techniken vorantreiben.

Moderne For-
schungspolitik

3. Der Einzelne und seine Tätigkeiten

Die neuen Techniken müssen das starre Arbeitsleben überwinden helfen, damit der Einzelne Erwerbstätigkeit, Eigenleistung, soziales Engagement und Zeiten der Muße stärker nach seinen eigenen Wünschen gestalten kann.

Neue Kommunikations- und Produktionstechniken bieten Chancen zu mehr Kreativität und Selbstbestimmung im Arbeitsleben und damit für sinnvollere Tätigkeiten. Voraussetzung ist aber, daß sie mehr als bisher auf die individuellen Fähigkeiten des Arbeitenden abgestellt werden. Neue Techniken werden auch die Arbeitsorganisation dezentralisieren; die Mitwirkungsrechte des Einzelnen am Arbeitsplatz sind entsprechend auszugestalten.

Individuelles
Arbeitsleben

Die damit verbundene Möglichkeit eines individuellen Zuschnitts der Arbeit soll eine partnerschaftliche Aufteilung der Aufgaben in Beruf und Familie erleichtern. Sozial- und arbeitsrechtliche Vorschriften dürfen Teilzeitarbeit nicht erschweren. Aus dem Betrieb in den Wohnbereich verlagerte Arbeitsplätze müssen arbeitsrechtlich unter gleichwertigem Schutz stehen. Wir fordern den Ausbau der Mitwirkungsrechte, um der neuen Arbeitsorganisation Rechnung zu tragen. Aber auch insgesamt muß die Mitbestimmung verbessert werden, z.B. durch gesetzliche Absicherung der Sprecherausschüsse für Leitende Angestellte und Einrichtung von betrieblichen Arbeitsgruppen.

Partnerschaft
und
Mitbestimmung

Mehr wirtschaftliche Mitbeteiligung und Vermögensbildung soll die Verantwortung und Unabhängigkeit des Einzelnen zusätzlich stärken.

Mehr Unabhängig-
keit durch
Vermögensbildung

Arbeitslosigkeit bedroht die Freiheit des Einzelnen und die demokratische und soziale Stabilität; sie muß durch konsequente marktwirtschaftliche Politik bekämpft werden.

Die Überwindung der Arbeitslosigkeit ist nicht allein ein individuelles Problem der Arbeitslosen, sondern ein Problem der gesamten Gesellschaft. Das Zusammengehörigkeits- und Verantwortungsgefühl von Arbeitsplatzbesitzenden mit Arbeitslosen ist gefordert.

Gemeinsame
Verantwortung
gefordert

Zur Linderung der Arbeitslosigkeit sind verschiedene Maßnahmen notwendig. Die Arbeitslosigkeit kann dauerhaft nur in einer marktwirtschaftlichen Ordnung überwunden werden. In der Marktwirtschaft entfalten sich die dynamischen Kräfte der Gesellschaft am wirkungsvollsten. Individuelle Freiheit und wirtschaftlicher Fortschritt werden so gleichermaßen verwirklicht. Entstandene Verkrustungen im marktwirtschaft-

Nur mehr Markt
schafft mehr
Arbeitsplätze

lichen System müssen auf allen Märkten — auch auf dem Arbeitsmarkt — beseitigt werden. Das Verhältnis von Arbeitskosten (Löhne und Abgaben) zu Kapitalkosten muß günstiger werden, damit Schwarzarbeit eingedämmt und mehr Arbeit nachgefragt wird. Wir fordern energische Maßnahmen gegen Protektionismus und Monopolbildung, die konsequente Wiederherstellung der Märkte und Abbau von Reglementierungen.

Eigeninitiative und Risikobereitschaft sind Voraussetzung für die Überwindung der Arbeitslosigkeit. Durch eine weitere Verbesserung der Investitionsbedingungen muß die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gestärkt werden. Dazu müssen wir die Staatsverschuldung abbauen, die Subventionen schrittweise linear zurückführen, bisher vom Staat vorgenommene wirtschaftliche Tätigkeiten privatisieren und generell die Bürokratie eindämmen.

Auch auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft müssen alle bürokratischen, technischen und sonstigen Handelshemmnisse endlich beseitigt werden, damit sich unsere Wirtschaft die Chancen des Gemeinsamen Marktes voll zunutzen machen und dadurch Arbeitsplätze schaffen und erhalten kann.

Eine innovative Mittelstandspolitik muß neue Arbeitsplätze schaffen. Der Weg in die Selbständigkeit muß erleichtert werden.

Unsere Gesellschaft gibt dem Einzelnen um so mehr Freiraum, je vielfältiger sie ist, je unabhängiger die Entscheidungszentren sind, je mehr Mittel- und Kleinbetriebe und selbständige Existenzen es gibt. Gerade die kleinen und mittleren Unternehmen in Handwerk, Industrie und Handel sowie die in den freien Berufen Tätigen beweisen Bereitschaft zu Innovation und zum Risiko und schaffen viele neue Arbeitsplätze.

Zur Sicherung wettbewerbsfähiger Strukturen in der Wirtschaft müssen Konzentrationsprozesse, die den Einzelnen in seiner Existenz bedrohen, vermieden werden. Eine liberale Mittelstandspolitik ist auf die Vermeidung von Wettbewerbsnachteilen für kleine und mittlere Unternehmen bedacht. Großindustrie darf nicht bevorzugt, alle wirtschaftlich Tätigen sollen gleichbehandelt werden.

Wir fordern eine grundlegende Vereinfachung des Steuerrechts, die Abschaffung der Gewerbesteuer bei gleichzeitigem Ausgleich mit eigenem Heberecht für die Kommunen, mehr Existenzgründungshilfen, Verbesserung des Forschungstransfers und der Rahmenbedingungen zur Risikokapitalbildung.

Eigeninitiative stärken, Investitionsbedingungen verbessern

Handelshemmnisse beseitigen

Mittelstand ist Herz der Wirtschaft

Wettbewerbsnachteile abbauen

Selbständigkeit fördern

Fairer Leistungswettbewerb muß gesichert werden. Insbesondere sind die kleinen Betriebe gegen Mißbrauch von Marktmacht auch der öffentlichen Hand zu schützen.

Der technische Fortschritt, eine längere Lebenserwartung und kürzere Arbeitszeit erfordern die Überwindung der strikten Trennung der Lebensabschnitte in Ausbildung, Arbeitsleben und Ruhestand.

Der Strukturwandel kann nur mit der Bereitschaft zu lebenslanger Weiterbildung innerhalb und außerhalb des Berufs, durch Umschulung und Mobilität bei der Arbeitsplatzwahl bewältigt werden. Teilzeitarbeit und arbeitsfreie Jahre schaffen die Voraussetzung dafür. Im Beruf wie in Zeiten der Arbeitslosigkeit müssen Weiterbildungsangebote gerade für zukunftssträchtige Tätigkeiten verstärkt werden.

Lebenslanges Lernen dient der freien Entfaltung des einzelnen Menschen, gibt ihm die Freiheit zu beruflicher Veränderung, zu sinnvoller Gestaltung seiner Freizeit, zur Wahrnehmung sozialer Verantwortung, eben zu bewußter, eigenverantwortlicher Lebensgestaltung.

4. Der Einzelne und sein soziales Umfeld

Kleine soziale Netze müssen die Solidargemeinschaften ergänzen und die Sozialbürokratie eindämmen.

Freiheit bedarf einer sozialen Grundsicherung. Wir bekennen uns zur gemeinschaftlichen Sicherung gegen individuelle Not. Der anonyme Versorgungsstaat aber lähmt die eigene Initiative und Bereitschaft, für sich und andere Verantwortung zu tragen. Wir wollen deshalb mehr Freiraum für Eigenvorsorge und Eigenverantwortung, Selbstbeteiligung und Stärkung des Versicherungsprinzips schaffen. Durch Beiträge finanzierte soziale Sicherung verdient Vertrauensschutz.

Unser Gesundheitswesen droht unbezahlbar zu werden. Es muß deshalb wirtschaftlicher gestaltet werden. Drängende soziale Probleme wie Pflegefälle und Altenbetreuung werden besser durch die Stärkung kleiner sozialer Netze mit Aufwandsentschädigung und steuerlicher Begünstigung gelöst.

Praktische Solidarität, Mitmenschlichkeit und freiwillige soziale Dienste müssen — neben dem Ausbau ambulanter professioneller Dienste — eine stärkere Bedeutung erlangen. Mit mehr nachbarschaftlicher Sorge für ältere und kranke Mitbürger, Selbsthilfegruppen, Arbeiten in den Wohnquartieren zur Verbesserung der Lebensbedingungen und der Umwelt können wir das Leben aller, auch der ausländischen Mitbürger, menschlicher und freier gestalten als durch

Mißbrauch von Nachfragemacht bekämpfen.

Zukunftsorientierte Weiterbildung

Lebenslanges Lernen

Grundsicherung statt Versorgungsstaat

Kleine soziale Netze fördern

Nachbarschaftshilfe ausbauen

staatliche Maßnahmen je möglich sein wird. Staatliche Unterstützungsmassnahmen haben möglichst darauf abzuzeilen, sozial Abhängige wieder zu Selbständigkeit zurückzuführen.

Die freie Entscheidung des Einzelnen für die Ehe oder andere Formen des Zusammenlebens muß erhalten bleiben. Die Benachteiligung von Familien mit Kindern ist abzubauen, die volle Gleichberechtigung von Mann und Frau ist zu verwirklichen.

Zu einer echten Partnerschaft gehört, daß Männer und Frauen die Aufgaben in Familie und Beruf besser als bisher miteinander teilen. Flexibilisierung von Arbeits-, Einkaufs- und Behördenzeiten sowie ganztägig geöffnete Schulen mit Freizeitangeboten und die Förderung privater Kinderbetreuungseinrichtungen sollen dies erleichtern.

Die Entscheidung für Kinder darf nicht zu einer drastischen Verschlechterung der materiellen Lebensbedingungen führen.

Darüber hinaus wollen wir die gesellschaftliche Anerkennung für andere Formen des Zusammenlebens. Bestehende rechtliche Diskriminierungen sind abzubauen.

Die Entwicklungschancen der Jugendlichen müssen durch Förderung der Eigeninitiative, Mitwirkung und Selbstverantwortung verbessert werden.

Gerade der junge Mensch braucht viel Freiheit, aber auch stabile soziale Bindungen. Nicht nur die Familie, sondern auch die Gesellschaft trägt dafür Verantwortung. Für alle entsteht Schaden, wenn die Jugendlichen bereits am Beginn ihres beruflichen Werdegangs scheitern. Gleichgültigkeit gegenüber dem bestehenden demokratischen System und Ablehnung unserer Gesellschaft sind eine Folge.

Gute Jugendpolitik ist heute vor allem auch die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Dazu gehören solide wirtschaftliche Rahmenbedingungen, noch größere Anstrengungen zur Beschaffung von Lehrstellen auch durch private unentgeltliche Vermittlung, die Verbesserung der Ausbildungsqualifikation sowie die Förderung privater überbetrieblicher Ausbildungsstätten und die vermehrte Bereitstellung von qualifizierten Ausbildungsplätzen in staatlichen und halbstaatlichen Unternehmen. Damit kann keine Übernahmegarantie verbunden sein.

Auch im Hinblick auf den europäischen Arbeitsmarkt von morgen müssen Jungen und Mädchen schon in den allgemeinbildenden Schulen stärker mit Fremdsprachen und den neuen Technologien vertraut gemacht werden.

Gleichberechtigung in Familie und Beruf

Familien mit Kindern helfen

Andere Lebensformen anerkennen

Jugendliche nicht scheitern lassen

Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

Neue Anforderungen in den Schulen berücksichtigen.

Ältere Menschen müssen entsprechend ihrer Erfahrung, Leistungsfähigkeit und Bereitschaft zu einem aktiven Alter voll in das gesellschaftliche Leben einbezogen werden.

Der ältere Mensch soll eigenverantwortlich und selbständig am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Eigene Initiativen und gemeinschaftliche Selbsthilfe müssen gefördert werden. Für ein aktives, geistig reges und erfülltes Alter müssen die Bildungseinrichtungen den älteren Menschen offenstehen und mehr Möglichkeiten für das Engagement in Wohnquartier und Gemeinde geschaffen werden.

Der Übergang vom Berufsleben in den Ruhestand soll nach unserem Modell der Teilarbeit und Teilrente nicht abrupt, sondern schrittweise und ohne starre Altersgrenze erfolgen können.

Unabhängig von der Berufstätigkeit sollen ältere Menschen die Gesellschaft der Zukunft mitgestalten können; ihre Erfahrung ist unverzichtbar.

Chancen für aktives Alter vergrößern

Weg von der starren Altersgrenze

Erfahrung der Alten nutzen

5. Der Einzelne, der Staat und die Organisationen

Wir wollen weniger Staat und weniger Bürokratie durch Dezentralisierung, Privatisierung und Abbau von Reglementierungen.

Der demokratische Rechtsstaat sichert die Freiheit des Einzelnen, staatliches Handeln gefährdet sie aber auch. Jede Einschränkung bedarf der Begründung.

Die Grenzen der Staatstätigkeit sind immer wieder neu zu bestimmen. Aufgabe des Staates ist die Freiheitssicherung, vor allem die Sicherung demokratischer Regeln, der Chancengleichheit für alle, des Friedens und der inneren Ordnung. Er muß die soziale Grundsicherung derjenigen ermöglichen, die sich weder allein noch gemeinschaftlich helfen können. Andere Aufgaben sollen auf den Bürger und private Organisationen übertragen werden.

In der Wirtschaft hat der Staat primär den ordnungspolitischen Rahmen für die marktwirtschaftlichen, dezentralen Abläufe zu sichern. Staatliche Wirtschaftstätigkeit; die nicht mit hoheitlichen Aufgaben begründet werden kann, ist zu privatisieren. Wirtschaftsförderungen des Staates sind konsequent von indirekten Steuervergünstigungen auf direkte Finanzhilfen umzustellen. Staatliche Hilfen sollten aus Gründen der Transparenz und der Gerechtigkeit nicht mehr über das Steuersystem gewährt werden, es sei denn, der mit der Subvention angestrebte Zweck ist durch eine steuerliche Regelung besser zu erreichen.

Der Staat hat zwei Gesichter

Staatsaufgaben verringern

Privatisierung vorantreiben

Effizienzkontrollen und leistungsbezogene Beförderung müssen im öffentlichen Bereich zur Regel werden.

Mehr Wirtschaftlichkeit

Alle vorhandenen und künftigen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften sind darauf zu überprüfen, ob sie unbedingt notwendig, einfach anwendbar und leicht verständlich sind. Insbesondere ist das Steuersystem grundlegend zu vereinfachen.

Weniger Bürokratie

Die Mitwirkungsrechte des Einzelnen in seiner direkten Umgebung müssen erweitert werden.

Unserer Forderung nach weniger Staat und mehr Verantwortung des Einzelnen muß ein Ausbau der Informations- und Mitwirkungsrechte des Einzelnen entsprechen. Auch deshalb fordern wir die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.

Mehr Verantwortung erfordert mehr Mitbestimmung

Die verschiedensten Formen von Bürgermitwirkung wie z.B. Volksbegehren, Bürgerentscheid, Urwahl der Bürgermeister und der Landräte sowie Abänderung der Listen durch Kumulieren und Panaschieren sollen bundesweit unser repräsentatives System ausbauen und es so glaubwürdiger und attraktiver machen. Das Wahlrecht ist so zu verbessern, daß die Wähler mehr Auswahlmöglichkeiten unter den Kandidaten einer Partei haben.

Bürgermitwirkung ausbauen

Zugleich müssen die gewählten Mandatsträger der Verwaltung gegenüber gestärkt werden, deren Struktur und Arbeitsweise aufgabengerechter zu gestalten ist. Die kommunale Verwaltung muß sich stärker als Dienstleistungseinrichtung verstehen und für die Bürger alternative Vorschläge entwickeln, um sie stärker am kommunalen Geschehen mitentscheiden zu lassen.

Macht der Verwaltung begrenzen

Wachsende Macht von Organisationen erfordert mehr innere Demokratie und verstärkte Berücksichtigung der Interessen von Nichtorganisierten und Drittbetroffenen.

Viele Menschen brauchen die Zusammenarbeit mit anderen, um sich gegen Stärkere in Wirtschaft und Gesellschaft behaupten zu können. Wir begrüßen das Entstehen neuer Selbsthilfegruppen, das wachsende Engagement in Bürgerinitiativen, berufsständischen sowie sozialen Organisationen und wünschen die offene Leistungskonkurrenz der Verbände.

Verbände sind nötig

Aber die Tendenz zu zentralistischen Großorganisationen muß umgekehrt, der Mißbrauch von Organisationsmacht verhindert werden. Dazu müssen demokratische Willensbil-

Den Einzelnen stärken

dung und freiwillige Mitgliedschaft ebenso gesichert werden wie die Rechte der Nichtorganisierten und Drittbetroffenen.

Angesichts des großen gesellschaftlichen Gewichts der Tarifparteien brauchen wir auch klare Regeln für Arbeitskämpfe, wenn möglich durch freiwillige Vereinbarungen, andernfalls durch Gesetz. Ein gemeinsamer Verhaltenskodex kann zum Abbau von Einschüchterung, Gewalttätigkeit und Machtmißbrauch, insbesondere bei Arbeitskonflikten, beitragen.

Klare Regeln für Arbeitskämpfe

Unser parlamentarisches System erfordert eine hohe Glaubwürdigkeit der politischen Parteien. Insbesondere stehen die Politiker in der Verantwortung, sich durch Übereinstimmung zwischen ihrem Anspruch und ihrem Handeln glaubwürdig darzustellen.

Parteien brauchen praktizierte innere Demokratie, offene und kritische Diskussion unterschiedlicher Meinungen und mehr Angebote zur Mitwirkung.

Mehr Mitwirkung in den Parteien

Die Parteien dürfen ihren grundgesetzlichen Auftrag zur politischen Willensbildung nicht mit einem Alleinvertretungsanspruch verwechseln. Den Versuchen, alle wesentlichen öffentlichen Bereiche zu durchdringen und öffentlichen Funktionen unter Parteigesichtspunkten zu besetzen, erteilen die Liberalen eine klare Absage. Unser Bekenntnis zur Leistungsgesellschaft ist eine Absage an den Parteibuchstaat.

Kein Parteibuchstaat

Die F.D.P. ist die Partei des Parlamentarismus. Die ausschließliche Verantwortung des Abgeordneten gegenüber seinem Gewissen darf weder durch das imperative Mandat noch durch parlamentarische Rituale gefährdet werden. Die innere und äußere Unabhängigkeit muß wieder zum Leitbild aller Abgeordneten werden.

Unabhängigkeit der Abgeordneten sichern

So wollen wir das Vertrauen unserer Bürger, gerade auch der Jugendlichen, in unsere freiheitliche demokratische Ordnung und ihre politische Mitwirkung stärken und mehr Freiheit für den Einzelnen verwirklichen.

Vertrauen der Bürger zurückgewinnen